

These conflicting interpretations as to how positive and enduring political change might be effected in Myanmar obviously led to differences as to the appropriate policies for foreign governments to assume toward the current military government. The first view argued that the governments should not take actions to assist the present regime in any way because only unremitting economic pressure would force the military to abandon power. Therefore, the current policies of the European Community, Japan and the United States to withhold aid and trade assistance was to be endorsed while the growing trade ties of Myanmar with China, South Korea and South East Asian states was to be deplored. The alternative view argued that the military was unlikely to give up power until it felt that its financial and personal interests were protected and that sanctions would have relatively little effect. Until the economy was sufficiently complex for a web of domestic and international links and institutions to have developed, as in Thailand and Indonesia, the military would feel constrained from handing over significant amounts of power. However, some initial movement could be encouraged through dialogue.

The seminar received on the final day a statement of the policy of the government toward the current situation, noting that power would not be passed to a civilian government until 1) a new constitution had been written, 2) this had been approved by the people, including all the ethnic minorities, and 3) a strong government was formed. Many felt that this programme was merely meant to delay a transition and really held no promise of progress.

A fruitful discussion of the economic condition of the country progressed with the political issues. Comparative lessons were drawn from the situation of Indonesia in the mid-1960s and the Indonesian reforms of that period were held out as an alternative for Myanmar. All of the participants hoped that more governments and individuals would give informed consideration to the problems of Myanmar and a future seminar, perhaps held in the country, was proposed. It is expected that the papers presented at the seminar will be published.

Robert H. Taylor

Indien und China: ökonomische und ökologische Probleme der Modernisierung in den neunziger Jahren

Köln, 22.-26. Oktober 1990

In der entwicklungspolitischen Debatte der sechziger und siebziger Jahre wurden China und Indien als gegensätzliche "Modelle" wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Entwicklung gehandelt: Dem erratischen Rhythmus internationaler Politik folgend, wurde nach dem indisch-chinesischen Krieg 1962 Indien von den USA zunächst zur bedrohten "asiatischen Demokratie" erklärt. Nicht zufällig wurde im Zuge der amerikanisch-chinesischen Annäherung zu Beginn der siebziger Jahre dann das "chinesische Modell" als Alternative zum (indischen) Verelendungswachstum entdeckt. Lange Zeit galt als unbestritten, daß die Dritte Welt in der einen oder anderen Form "von China lernen" könne. Erst der entwicklungspolitische Katzenjammer der achtziger Jahre brachte die Modelldiskussion zum Stillstand und ließ die "schrecklichen Vereinfacher" verstummen: Die indische und chinesische Realität ließ sich eben weder auf die Slums von Kalkutta noch

auf die Pekinger Vorzeigekommune "Grün in allen vier Jahreszeiten" reduzieren. Zu Beginn der neunziger Jahre läßt sich nüchtern festhalten, daß China und Indien immer noch zu den ärmsten Entwicklungsländern (gemessen am BSP pro Kopf) und zugleich zu den größten Industrienationen der Welt (gemessen am absoluten Produktionsvolumen) gehören. Mehr als ein Drittel der Weltbevölkerung sind Inder oder Chinesen. Beide Länder sehen sich einer Kombination alter und neuer Probleme gegenüber: Bevölkerungswachstum, Industrialisierung und Armut haben Umweltprobleme erzeugt, die zunehmend die natürlichen Lebensgrundlagen der Bevölkerung bedrohen. Der Preis des Fortschritts steigt.

Wie man in Indien und China den neuen Herausforderungen begegnet, war Thema eines Seminars im Ostkolleg vom 22. bis 26. Oktober 1990. Einführenden Vorträgen in die historischen und politischen Rahmenbedingungen der Modernisierung (Prof. Rothermund, Dr. Machetzki) folgten ausführliche Darstellungen der Umweltkrise (Dirk Betke, Stefan Paulus) und der Bevölkerungsproblematik (Prof. Scharping, Prof. Bronger). Unter der Fragestellung "Neue Prioritäten?" wurden von Dr. Rieger und Prof. Louven wirtschafts- und gesellschaftspolitische Strategien in den beiden Staaten analysiert. Dr. Bleischwitz vom Institut für Europäische Umweltpolitik in Bonn informierte abschließend über die Rolle Chinas und Indiens in einer zukünftigen internationalen Umwelt- und Klimapolitik. Als Fazit läßt sich festhalten, daß allen historisch-kulturellen und politischen Unterschieden zum Trotz der klassische (imitative) Modernisierungsweg in beiden Ländern an eine kritische Schwelle gelangt zu sein scheint, die eine grundsätzliche ökologische Neuorientierung der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik notwendig macht. In der Diskussion mit Prof. Rothermund und Dr. Machetzki wurde übereinstimmend auf die Notwendigkeit von regionalen Problemlösungen und die Stärkung von föderativen Strukturen hingewiesen. Die fiskalische Überzentralisierung führe im Fall Indiens - so Rothermund - zur absoluten Verelendung der öffentlichen Haushalte etwa in Bombay und Kalkutta. Die Ansprüche der Zentralregierung gefährdeten zunehmend die föderativen Strukturen in Indien. Auch China werde sich, so Machetzki, der Erkenntnis nicht verschließen können, daß der diversifizierten und ungleichzeitigen Realität des Landes unterschiedliche Entwicklungsstrategien für die einzelnen Regionen entsprechen müßten.

Auch in den Beiträgen zur Umweltkrise und zu den Instrumenten der Umweltpolitik zeigten sich weitgehende Gemeinsamkeiten: In beiden Ländern spitzt sich die Umweltkrise zu; sie kann als "armuts-" und "entwicklungsbedingte" Ressourcenkrise (Paulus)¹ oder als Kombination von "traditionellen" (Entwaldung, Bodenerosion, Verwüstung) und "modernen" Umweltschäden (Wasser-, Boden- und Luftverschmutzung) bezeichnet werden (Betke)². Sowohl in Indien als auch in China - so die Referenten übereinstimmend - kann die Umweltzerstörung **nicht** ausschließlich auf den wachsenden Umweltverbrauch durch die Verdoppelung der Bevölkerung in den letzten vierzig Jahren zurückgeführt werden: ausschlaggebend sei vielmehr der äußerst ressourcen- und umweltintensive Industrialisierungsprozeß. In beiden Ländern herrscht und herrschte Tonnenideologie statt Effizienz. Von einer Entkoppelung von Wirtschaftswachstum und Umweltbelastung, wie sie in den Industriestaaten des Nordens gelungen ist, kann keine Rede sein. Umweltpolitik ist als nachsorgende Reparaturinstanz nicht in die allgemeine Wirtschaftspolitik integriert, obwohl ein erhebliches Potential zur Energieeinsparung (Knappheitspreise) existiert und Vorschläge für eine

ökologisch orientierte Strukturpolitik auf dem Tisch liegen. Anders als in Indien gebe es in China, so Betke, keine Möglichkeiten, Umweltskandale in einer freien Presse darzustellen, Umweltinformationen würden, wie in sozialistischen Ländern üblich, als internes Material behandelt. Umweltgruppen und NGOs hätten im gegenwärtigen politischen System Chinas keine Chance. Auch Prof. Bronger und Prof. Scharping machten deutlich, daß Bevölkerungspolitik allein völlig chancenlos ist, solange sie nicht eingebunden ist in wirtschafts-, gesundheits- und bildungspolitische Maßnahmen, die zielstrebig auf den demographischen Umschwung hinarbeiten. In beiden Ländern haben sich die mit staatlichen Zwangsmitteln durchgeführten Kampagnen zur Geburtenkontrolle als ausgesprochen kontraproduktiv insbesondere bei der ländlichen Bevölkerung erwiesen. Das weitere Wachstum der Bevölkerung Indiens auf 1,35 Mrd. resp. Chinas auf 1,5 Mrd. Menschen im Jahr 2025 muß offensichtlich als fixe Größe eingeplant werden. Der Überblick von Prof. Louven und Dr. Rieger über die wirtschaftspolitischen Konzeptionen in China und Indien ergab erstaunliche Parallelen, was etwa den Ressourcentransfer von der Landwirtschaft in die Industrie, den mit dem sowjetischen Modell in den fünfziger Jahren verbundenen Planungs- und Autarkiegedanken und den im wesentlichen schwerindustriell geprägten Industrialisierungsprozeß angeht. Beide Wissenschaftler plädierten zu Recht für eine stärkere Liberalisierung und Deregulierung und wiesen auf die ökologische Wirksamkeit von marktwirtschaftlichen Mechanismen hin. Dennoch blieb die Frage offen, in welchem Maße die klassischen wirtschaftspolitischen Empfehlungen für den Umbau von Plan- und Staatswirtschaften die ökologische Dimension mit berücksichtigen. Noch sind der von Indira Gandhi 1972 geprägte Satz, Armut sei der größte Umweltzerstörer, und die Folgerung, Umweltschutz sei ein Luxusgut, unausgesprochenes Leitmotiv vieler ökonomischer Empfehlungen.

Der Beitrag von Bleischwitz machte abschließend deutlich, daß China und Indien schon jetzt als dritt- bzw. siebentgrößte CO²-Emittenten weltweit im Zentrum eines neuen ökologischen Nord-Süd-Konflikts stehen. Ihre vorausgesagte Verdoppelung der CO²-Emissionen bis zum Jahr 2005 würde alle Reduktionsbemühungen der Industriestaaten nahezu erfolglos machen. Zunehmend rücken die Grenzen der ökologischen Tragfähigkeit der Erde in den Blick - weder Indien noch China werden ohne weiteres von ihrer bisherigen Kopie des (westlichen) energieintensiven Wachstumsmodells und der Maximalnutzung aller Ressourcen abzubringen sein. Ein energiesparendes, umweltschonendes Wohlstandsmodell zu entwickeln und zu realisieren, bleibt eine globale Herausforderung für Wissenschaft und Politik.

Anmerkungen

- 1) Ausführliche Darstellungen der Umweltkrise in Indien finden sich in: Stefan Paulus, "Wirtschaftswachstum, Strukturwandel und Umweltpolitik in Indien; Ansatzpunkte für eine Ökologisierung von Wirtschaft und Gesellschaft", *Internationales Asienforum*, 20 (1989)3-4, S.231-262.
- 2) Zur Umweltkrise in China s.: Dirk Betke, "Die Umweltfrage" in: Erhard Louven (Hrsg.), *Chinas Wirtschaft zu Beginn der neunziger Jahre, Strukturen und Reformen - Ein Handbuch*, Hamburg 1989, S.54-79.